

## **Wohndebatte am 10.6.2009 im Gemeinderat**

In der Gemeinderat-Sitzung vom 10. Juni 2009 wurde über zwei Stunden eine engagierte Wohndebatte geführt.

Anlass waren eine dringliche CVP/EVP Motion zur "Wohnungsförderung in den Quartieren Seefeld und Riesbach", eine dringliche SP-Interpellation zur "Entwicklung im Immobilienmarkt namentlich in den Quartieren Seefeld, Mühlebach, Hottingen und Enge", sowie ein dringliches AL-Postulat zum "Umbau von Liegenschaften der à-Porta-Stiftung".

Da Hottingen vom Thema "Bezahlbare Wohnungen" auch stark betroffen ist, habe ich diese Debatte auf der Tribüne verfolgt.

Ich versuche im Folgenden, die wichtigsten Argumente und Voten der Debatte ohne Wertung wiederzugeben.

Nur eine Wertung zu Beginn: Ich finde es sehr positiv, dass zu diesem Thema von verschiedenen Parteien Vorstösse gemacht wurden, die zu einer ausführlichen Stellungnahme des Stadtrates (zur Interpellation) und zu einer lebhaften Debatte im Gemeinderat geführt haben. Natürlich gehen die Meinungen über Wichtigkeit des Themas und Lösungsansätze weit auseinander und rasche Veränderungen der heutigen Situation sind nicht zu erwarten. Aber hier ist etwas in Bewegung geraten und die Diskussion wird fortgesetzt werden.

Zur Debatte im Gemeinderat:

CVP und EVP (aus deren Reihen die Motion stammt) führen aus, dass es im Quartier Riesbach praktisch keine bezahlbaren Wohnungen für Familien mehr gibt. In der Folge ist die Zahl der Kinder im Quartier extrem abnehmend und das bisherige, soziale Gefüge geht verloren. Die Stadt Zürich soll ihren Beitrag leisten, diesem Trend etwas entgegen zu setzen und Familien und dem Gewerbe wieder einen Platz im Seefeld zu geben.

Die SP betont die "dramatische Situation auf dem Wohnungsmarkt" und erwähnt neben Riesbach auch Hottingen. Betroffen seien vor allem der Mittelstand und ältere, langjährige Quartierbewohnerinnen und Bewohner. Problematisch seien auch Zweitwohnungen von Personen, die in Zürich keine Steuer zahlen. In der Antwort des Stadtrats auf die Interpellation sei das Bekenntnis zu spüren, hinter den Anliegen zu stehen und Sensibilität für das Problem zu zeigen. Noch ungenügend ist die Datenlage, weil aktuelle Zahlen und Statistiken fehlen. Die SP wird auf Basis der Antwort des Stadtrats weitere Vorstösse unternehmen und schlägt u.a. die Schaffung einer Anlaufstelle für verkaufswillige Hausbesitzer vor. Die SP-Fraktion unterstützt Motion und Postulat.

Die Grünen finden es gut, dass das Thema jetzt auch bei den Mitte-Parteien angekommen sei und meinen, die Stadt sei gefordert, in den betroffenen Quartieren wieder für zahlbare Wohnungen zu sorgen. Sie unterstützen deshalb die Bestrebungen zur Förderung des gemeinnützigen und sozialen Wohnungsbaus in Riesbach, möchten die Forderung aber auf andere Quartiere (erwähnt wird Hottingen) ausdehnen. Der Stadtrat sollte das Problem gesamthaft angehen. Die Grünen unterstützen Motion und Postulat.

Am Beispiel der à-porta-Stiftung ist die AL der Meinung, die im Stiftungsrat vertretene Stadt könnte Einfluss nehmen, um günstigen Wohnraum zu erhalten. (Erwähnt werden in diesem Zusammenhang auch das Diakoniewerk Neumünster und die "Pflegi-Ueberbauung"). Die AL befürchtet Getto-Quartiere verschiedener sozialer Gruppen. Sie unterstützt die Motion.

Der Stadtrat ist bereit, die Motion entgegen zu nehmen, nicht aber das Postulat, weil er findet, das Vorgehen der à-porta-Stiftung sei notwendig und korrekt und würde nicht zu überhöhten Mietzinsen führen.

Die SVP findet, die Vorstösse kämen sympathisch daher, aber die Situation werde dramatisiert und die wahren Ursachen der teuren Wohnungen liegen bei der unbeschränkten Zuwanderung von zahlungskräftigen Ausländern. Bei der Ursachenbekämpfung müsse man den Hebel dort ansetzen. Die grössten Mietzinsaufschläge habe es beim gemeinnützigen Wohnungsbau gegeben. Zudem würden in Fluntern immer noch mehr Familien wohnen als z.B. in Wollishofen. Durch Neubauten und Renovationen entstehen mehr Wohnraum und bessere Wohnungen. Die SVP-Fraktion wird Motion und Postulat nicht unterstützen.

Die SD unterstützen die Motion, wollen aber nicht, dass Grünflächen überbaut werden.

Die FDP hat grundsätzlich Verständnis für das Anliegen, ist aber auch der Meinung, man müsse die ganze Stadt betrachten. Auch die FDP ist für eine soziale Durchmischung. Die Situation sei nicht so dramatisch, wie dargestellt und sie werde durch die Marktgesetze bestimmt. Für die Bekämpfung von Auswüchsen sind bereits jetzt Instrumente vorhanden; sie müssen nur eingesetzt werden. Die Attraktivität des Seefelds ziehe nun einmal Gutverdienende an, die als gute Steuerzahler auch willkommen seien; Genossenschaften können sich dort kaum etablieren, aber in der ganzen Stadt gehöre jede vierte Wohnung zu einer Genossenschaft. Die ganze Stadt und einzelne Quartiere erfahren ständig eine Entwicklung und im Seefeld sei die Entwicklung vom ehemaligen Drogenstrich zum heutigen "edlen" Quartier nicht negativ.

Die Stadtregierung kann solche Entwicklungen wie im Seefeld nicht steuern und soll ihre Mittel dort einsetzen, wo wirklich etwas zu erreichen ist. Steigende Mietzinse sind zwar unerfreulich, aber sie sind Ausdruck einer steigenden Nachfrage. Es ist völlig übertrieben, von Gettos zu reden.

Die FDP lehnt Motion und Postulat ab, weil sie auf die Marktkräfte vertraut und jede Form von Planwirtschaft ablehnt.

In der Abstimmung werden die CVP/EVP-Motion mit 77 Ja gegen 39 Nein, das AL-Postulat mit 77 Ja gegen 38 Nein angenommen.

Das Thema wird Politik und Bevölkerung (und den Quartierverein Hottingen) weiter beschäftigen...

Martin Schmassmann, Präsident QV Hottingen